

Besprechungen

Horst Reimann / Klaus Kiefer: Soziologie als Beruf: Eine Untersuchung über Herkunft, Studiensituation und Berufsbild von Soziologie-Studenten. 2. überarb. u. erg. Aufl. Tübingen 1969. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). VIII, 132 S.

Während Parlamentarier ihre Verunsicherung durch die außerparlamentarische Opposition den Soziologen als Schuld ankreiden, Behörden und Handelskammern soziologische Untersuchungen verhindern, Betriebe Diplomsoziologen ablehnen und die Zahl der Studienanfänger des Fachs deutlich sinkt, wird es dringend not, einige Fragen zu beantworten. Dabei sind die Behauptungen (oft kalkulierter) politischer Einfalt, die in der Soziologie den Brutkasten politischer Monstren sieht, auf einem anderen Forum zu beantworten als die Fragen jener, die mit Recht darauf hinweisen, daß eine globale Beschleunigung sozialen Wandels mitsamt einer Fristverkürzung von Hoffnungen in Deutschland nicht von selbst gerade unter Studenten der Soziologie (und Politologie) aufgegriffen wurde, und sei es nur in einer Initialphase. Warum war dies so? Reimann und Kiefer geben, wenn sie ihre empirischen Untersuchungen unter Heidelberger Soziologiestudenten neu vorlegen, zugleich zu dieser Frage zu denken. Ihr Buch wird mit der Frage gelesen: Könnte ein unstrukturiertes Berufsbild, gekoppelt mit einem hohen, aber diffusen Anspruch des Fachs Soziologie nicht deren Studierende radikalisiert haben? Daß die Autoren überdies ein Recht darauf haben, gemäß ihren eigenen Untersuchungszielen kritisch gelesen zu werden, versteht sich.

„Intention dieser Studie ist es, Soziologie als Beruf darzustellen“ (S. 1), ursprünglich auf Anregung der berufspolitisch interessierten Deutschen Gesellschaft für Soziologie, ausgeweitet zur Lotstudie auch für andere Disziplinen „mit dem Ziel einer allgemeinen Bestandsaufnahme, welche die Beziehungen des Studenten zu seinem Studium, sowohl hochschulpolitisch wie berufspolitisch als auch existentiell, erhellten könnte“ (S. 3).

Die Basis der Untersuchung sind zwei Befragungen von Heidelberger Soziologiestudenten im Haupt- und Nebenfach, 1961 und 1966, mit fast gleichem — jeweils ausgegebenem — Fragebogen (der abgedruckt ist). Ausgewertet wurden 65 bzw. 79 % (75 bzw. 195 Befragte).

Im 1. Kapitel („Zur Soziologie der Soziologie-Studenten“) wird ein gut differenzierter Lebensdaten-Survey vorgelegt, der am interessantesten in bezug auf intergenerative Mobilität ist, da er die Berufe bis zu den Großvätern erhob. Die Verfasser wagen in diesem Zusammenhang

die Vermutung: „Eine besondere Anziehungskraft der Disziplin auf Angehörige gesellschaftlich depossederter oder überhaupt minderpri-vilegierter Schichten scheint nicht vorhanden“ (S. 42), eher scheinen die Eltern der 1966er Studentengeneration sogar am wirtschaftlichen Aufstieg noch mehr als die der 1961er Generation beteiligt gewesen zu sein (S. 46). Nicht weiter verfolgt wird das Ergebnis, daß offenbar die väterlichen Familien schneller aufgestiegen sind als die mütterlichen (meist „hinaufgeheiratet“ haben). An die bloße Religionszuge-hörigkeit werden Hypothesen W. E. Mühlmanns zur Transformation puritanischer Philanthropen in sozialreformerische bis „chiliastisch“-revolutionäre Politiker angeführt (S. 24 f.), ohne daß man errät, aus welcher Fragebogenfrage etwa „streng protestantisches Milieu“ der Fa-milie erschlossen sein könnte. Eine an sich zulässige Hintergrundver-mutung dürfte aber nicht ungeklärt unter den Ergebnissen auftauchen, wenn offenbar nur die Denomination erhoben worden ist, und zwar daß die Soziologen zum größeren Anteil als die Deutschen protestantisch sind, nicht aber mehr als die anderen Studenten (S. 19). Hier bedarf es vergleichender Untersuchungen, wie die Verfasser sie auch anregen.

Im 2. Kapitel „Der Soziologie-Student und sein Studium“ werden acht sich überschneidende Studienwahl-Motive (mit zahlreichen Zita-ten) dargestellt, deren Wandelbarkeit auch noch betont wird. Indem sich hier das Gemenge der Einstellungen bis in die Darstellung fort-setzt, vermag man die Ratlosigkeit der Studenten zu ermessen und zu vermuten, daß ihre Versuchung nicht klein sein kann, eigene Ordnungs-wünsche in ein so unstrukturiertes Angebot hineinzuprojizieren, sobald sich die politische Möglichkeit irgend ergibt. Zudem zeigt sich, wie stark die Lehrstuhlausrichtung und die lokale Möglichkeit eines Abschlusses ohne Ökonomie und Jurisprudenz als Pflichtfächer die Präferenz lenkt (hier auf Politologie, Ethnologie und Philosophie). Zu den Studien-abschluß-Vorstellungen heißt es: „Das Votum der Studierenden fiel zugunsten der Vielfalt der Abschlußmöglichkeiten aus“ (S. 80), aber 1966 hatten doch 95 % der Hauptfachsoziologen die Diplomprüfung als Abschlußmöglichkeit gewünscht, aus allen Semestern; „der Diplom-grad ... hat als Ausweis eines fachspezifischen und wegen der sys-te-matischen und vergleichsweise pragmatischen Ausbildung für das be-ruflische Fortkommen wesentlich mehr Gewicht“ (S. 89). Dem Rezen-senten scheint dieser Befund sehr wichtig.

„Den Soziologie-Studenten und seinen Beruf“ behandelt das 3. Ka-pitel. Reimann und Kiefer arbeiten zwei Berufsvorstellungs-Typen bei den Studierenden heraus, den „sozialen Typ“ mit sozialhelferischer Au-ra, dem sie nur Wirkungsmöglichkeiten in sozialen Nischen zuschreiben, an denen Machtinteressen vorbeigehen; und die „intellektuelle Vari-ante“, die zur akademischen Professionalisierung dränge. Nach einer idealtypischen Gegenüberstellung (S. 98) resignieren die Verfasser vor der „großen Variationsbreite der intermediären Realtypen“; es scheint, diese beiden — doch eigentlich eskapistischen, jedoch nicht so bezeich-neten — Typen sind analytisch doch nicht sehr hilfreich. Immerhin

sind dann die Berufserwartungen sinnvoll aufgeschlüsselt erhoben worden. (Allerdings zieht Tabelle 38 aus mir nicht einsehbaren Gründen die Zahlen von 1961 und 1966 zusammen. Erst im Text wird dann ein Zeitvergleich gezogen, wenn auch nicht in absoluten Zahlen, die für 1961 und 1966 zusammen je Berufswunsch-Gruppe zwischen 4 und 24 betragen.) Die ebenfalls erhobenen Berufseinmündungen Heidelberger Soziologieabsolventen 1946—1967 zeigen dann, daß mehr in der Forschung und Hochschule enden, als es vermuteten, dagegen das von 9% der Studenten genannte Berufsziel „Sozialarbeit“ am Ende keinen aufgenommen hatte.

Auf S. 118 wird dann die Absolventen aufnehmende „Gesellschaft“ angezielt. Auf sie gemünzt, werden die vielen Möglichkeiten des Soziologen, wenn spezialisiert, beschworen, wird das Fehlen für ihn offener Positionen bedauert. Gesetzgeberische und berufspolitische Maßnahmen werden gefordert und könnten helfen, nicht aber „aktive Professionalisierungsmaßnahmen seitens der Disziplin“, was Berufe ohne rechte Beziehung zur gesellschaftlichen Wirklichkeit anzielen könnte (dies wohl ein Dämpfer für die DGS). Natürlich ist solche Furcht nicht unrealistisch, und man wird berufsbezogene soziologische Studiengänge, wie z.B. für die neue Universität Bielefeld geplant, sorgsam beobachten müssen. In dieser unsicherer Lage erscheint Reimann und Kiefer „in Anbetracht der langen Ausbildungszeit für qualifizierte Soziologen sowie der Möglichkeit einer Änderung der Nachfragesituation die Heranbildung einer ‚Berufsreserve‘ im ‚akademischen Warteraum‘ als durchaus legitim“ (S. 119). Als Ausweg also die akademische Reservearmee. Es heißt ganz hübsch, der Rückstau im akademischen Warteraum könne Forschung und Lehre dienen; (womöglich, indem man Assistenten- und Hilfskraftstellen aufteilt.)

Fasziniert wiederholen die Autoren langhin die Antwortsätze der Befragten, vermögen keine sozialanalytischen „Wenn-dann“-Sätze zu bilden und landen in der hingehaltenen Hilflosigkeit als Programm. Seither entwickelte die rückgestaute Reservearmee der Soziologiestudenten Programme, sowohl Forschung und Lehre als auch die Berufsbilder zu ändern, und dies womöglich revolutionär abgekürzt. Eine „2., überarbeitete und ergänzte Auflage“ durfte 1969 nicht daran vorbeigehen. Jedenfalls durfte sie nicht in der Sozialkunde stecken bleiben. Sei das auch immer als ein Resultat großer bisheriger Unkenntnis teilweise entschuldbar, und dürfen Reimann und Kiefer gerne auch Pioniere genannt werden, ihr Sprung vom „Hochschul- und Berufspolitischen“ zum „Existentiellen“ hat die Soziologie halt nur gestreift.

Lars Clausen, Münster

Wolfram Fischer (Hrsg.): Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Probleme der frühen Industrialisierung. Berlin 1968. Colloquium Verlag. 542 S.

Der dickeleibige Band läßt 15 Autoren mit je einem Beitrag zu Worte kommen, um „einen Einblick in den gegenwärtigen Stand der Diskus-

sion“ über die im Titel genannten Probleme zu ermöglichen. Er bringt Vorträge, die zu verschiedenen Gelegenheiten gehalten und von denen mehrere für den Druck bedeutend erweitert wurden; einige wenige sind bereits an anderen Stellen veröffentlicht worden.

Nach einem Einführungsaufsatz des Herausgebers werden die „Vorbedingungen der europäischen Industrialisierungen“ untersucht (A. Gerschenkron). Es folgen ein Vergleich zwischen der japanischen und europäischen Industrialisierung (D. S. Landes), „Japans... Wirtschaftswachstum 1868—1885“ (H. Rosovsky) und „Modernisierung und soziale Ungleichheit“ (R. Bendix). Drei Aufsätze beschäftigen sich mit dem Unternehmer (R. Braun, B. F. Hoselitz, F. Redlich). Es schließen sich Untersuchungen an über die frühindustrielle Fabrik (H. Freudenberg), über die Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung in Böhmen (A. Klíma), über die Forstwirtschaft (H. Rubner), über „Finanzielle Aspekte der preußischen Industrialisierung“ (R. Tilly), über die Seeschifffahrt (R. Engelsing), die „Sozialschichtung in Köln“ (P. Ayçoberry) und „Probleme ... in großstädtischen Industriezentren“, vornehmlich in Berlin (L. Baar).

Diese hier gekürzt wiedergegebenen Themen zeigen, wie Recht der Herausgeber hat, wenn er im Vorwort sagt, es „bleiben selbstverständlich viele Lücken“. Gemeint ist offensichtlich, daß — u. a. — nicht alle einschlägigen Probleme aufgeworfen, nur einige Wirtschaftsräume berücksichtigt und manche grundlegenden Veröffentlichungen nicht genannt werden. Es darf auch festgestellt werden, daß die vorliegende Sammlung, die das Leitwort „Frühe Industrialisierung“ zusammenhalten soll, doch etwas zufällig zustande gekommen zu sein scheint und daß eben die Schwierigkeiten, die jedes — es sei der Ausdruck ohne abwertende Bedeutung gestattet — „Gemenge“ mit sich bringt, nicht recht überwunden wurden.

Das Buch will selbstverständlich die einschlägigen Probleme nicht nur aufzeigen, sondern auch zur Diskussion stellen. Da diese nun aber nicht hier erfolgen kann, sei wenigstens betont, daß es sich sehr wohl lohnte, auf vieles, was anregt und weiterbringt, einzugehen, etwa auf den Unternehmer, die Urfabrik (protofactory) oder den mit acht Seiten zwar kürzesten, aber gehaltvollen Aufsatz über die Vorbedingungen der Industrialisierung; nur hätte Gerschenkron den Titel seines Beitrages, den er selbst als „irreführend“ bezeichnet, doch ändern können. Die Aussprache müßte sich auch an anderem entzünden, etwa an der fast epischen Breite des Artikels von F. Redlich, der überdies mit dem bekannten Goethe-Wort, das bereits als AufsatztHEMA in den Gymnasien überstrapaziert worden ist, schließt: „Das überhand nehmende Maschinenwesen quält und ängstigt mich...“ (S. 412).

Manches, was gesagt wird, ist nun allerdings kaum verständlich oder falsch oder will längst feststehende Erkenntnisse der Forschung umstoßen. Namentlich Zusammenfassungen — und solche werden vielfach versucht — fordern allzu leicht den Unwillen oder Widerspruch heraus. Erfreulich — in einem wissenschaftlichen Werke aber wohl über-

flüssig —, wenn man den Leser vor Verallgemeinerungen warnt und „hinsichtlich der Nuancierung und Details auf ausführliche Darstellungen“ verweist (S. 56). Entscheidende Ergänzungen bzw. unerlässliche Korrekturen wären notwendig z. B. dort, wo von der Geschichte der Schulpflicht und der Landwirtschaft gehandelt wird (S. 44 ff.) oder „Brandenburg-Preußen ... das Sparta, nicht das Athen“ (S. 72) genannt und „der deutsche Aristokrat (als) ein Bild eingewurzelter lokaler Beschränktheit“ (S. 77) vorgestellt werden. Auf S. 222 hält es die historische Darstellung für nötig, „gegen die Ansicht, Tradition und Modernität schlössen einander aus,“ zu kämpfen, und auf S. 234 f. heißt es: „Der vereinfachte Gegensatz zwischen der mittelalterlichen und der modernen Gesellschaft zeigt uns, daß die eine von einer grundbesitzenden Aristokratie, die andere von einer Bourgeoisie, die im Besitz der Produktionsmittel ist, beherrscht wird.“ „Das Trachten nach Privilegien, Monopolen und Sonderrechten“ bleibt „der Stände- und Korporationsgesellschaft des Ancien régime“ vorbehalten (S. 264), und R. Tilly meint (S. 477 f.), eine „These“ aufstellen zu müssen gegen die Forscher, die „dem preußischen Staat eine große positive Rolle in der preußischen Industrialisierung zugeschrieben haben. Hier pflegt man Handelspolitik (den Zollverein), Straßen- und Eisenbahnbau, technische Erziehungsprogramme (à la Peter Beuth) usw. zu erwähnen.“ F. Redlich will „einen außerordentlichen Tiefstand geschäftlicher Ethik in den Anfängen der deutschen Industriellen Revolution im 18. Jahrhundert“ erkannt haben (S. 412). Auch folgendes steht zu lesen (S. 414): „Ohne Frage sind die Werkzeuge der Menschen von grundlegender Bedeutung für sein Wohlergehen, und durch das Studium ihrer Differenzierung und Verfeinerung kann man den Fortschritt der Menschheit zu verbesserten Lebensbedingungen verfolgen.“

Insgesamt darf festgestellt werden, daß das Buch durch eine Überarbeitung nach Inhalt und auch nach Stil wesentlich gewonnen hätte; denn klare Gedankengänge lassen sich durchaus nicht immer erkennen oder erwecken durch Wörter und Wendungen wie u. a. Dekorporierung, Respektabilität, Seigneurialisierung, soziale Aufwärtsmobilität, sich revitalisieren, „pejorative Akzente“ oder „ethnozentristische Sehfehler“. Die „Definition der Industrialisierung“ wird selbst durch Wiederholungen nicht richtig, allerdings taucht ja nun bereits das „Phänomen der Industrialisierung“ auf. Beim Ortsnamen „Auerstedt“ mag wohl ein Druckfehler stehengeblieben sein. Leider fehlen Register der Personen, Sachen oder Länder bzw. Orte.

Eberhard Schmieder, Berlin

Henning Köhler: Arbeitsdienst in Deutschland. Pläne und Verwirklichungsformen bis zur Einführung der Arbeitsdienstplicht im Jahre 1935. Berlin 1967. Duncker & Humblot. 281 S.

Die Forschung über dieses Thema vorantreiben zu wollen, muß dankbar anerkannt werden. Selbstverständlich ist gerade bei einem gegenwartsnahen Stoff der seiner vielfältigen Verantwortung bewußte

Historiker in besonders hohem Maße dazu verpflichtet, Verallgemeinerungen und Wertungen — wenn überhaupt — nur außerordentlich besonnen zu versuchen, es sei denn, er beabsichtige eine offen oder versteckt politisierende Geschichtsschreibung oder er ist sich selbst nicht bzw. zu wenig klar darüber, in einer allzu emotionalen Betrachtung seines Problems stecken zu bleiben. Außerdem sollen eigene ideologische Vorstellungen nicht aus den Quellen heraus zu erhärten versucht werden. Nun sprechen allerdings gerade diese über den Arbeitsdienst (AD) immer wieder von oft ganz erbitterten Auseinandersetzungen zwischen allen möglichen Gruppen, zwischen politischen, wirtschaftlichen, religiösen oder pädagogischen Verbänden und Vereinen. Dabei ist es doch nicht zuletzt selbstverständliche Pflicht, diejenigen, die mit dem AD auf irgendwelche Weise zu tun hatten, an der Gesamtsituation und an den Möglichkeiten der vergangenen Zeit gerecht zu messen.

Dargestellt wird in drei Kapiteln „die Ausbildung der ‚Theorie‘ der Arbeitsdienstpflcht im Weltkrieg und in der ersten Hälfte der Weimarer Republik“, der „Arbeitsdienst in den letzten Jahren der Weimarer Republik“ und schließlich „der nationalsozialistische Arbeitsdienst bis 1935“. Köhler stützt sich auf ein reiches und breit vorgeführtes Material an Quellen und Literatur; zu dieser sind einige Ergänzungen zu machen, die aber nicht zu den vom Verfasser mit Recht bezeichneten „Elaboraten der Nachkriegszeit“ gehören (S. 31, 248). Vor allem aber wäre wohl eine allgemeine und gründliche Quellenkritik unerlässlich; sie erforderte sicherlich eine gesonderte und eine der engeren Auswertung voraufgehende Untersuchung, bewahrt aber doch vor zu raschen Aussagen und vor dem Ertrinken in der Fülle des Materials.

Jedenfalls zeichnet Köhler die Entwicklung vom freiwilligen AD zum Reichsarbeitsdienst auf, und er behandelt dabei die einschlägigen sozialen, volkswirtschaftlichen, politischen sowie parteipolitischen Probleme. Konkrete, d. h. statistische Angaben etwa über Zahl, Größe und Kosten der Lager oder über die beabsichtigte bzw. tatsächlich geleistete Arbeit hätten bei der oft widersprechenden Überlieferung und trotz aller anzuerkennenden Schwierigkeiten versucht werden können und den Text verdeutlicht.

Die ideengeschichtlichen Wurzeln des AD zu erkennen, nimmt Köhler als Ausgangsproblem. Er weist auf den Gedanken „einer staatlichen Arbeitsorganisation im utopischen Schrifttum zur Sozialreform“ hin und begegnet ihm zuerst bei Theodor Herzl und J. Popper. Diese etwas enge Auffassung setzt sich fort, wenn versucht wird, „die ‚Idee‘ der Arbeitsdienstpflcht... primär als eine Folgeerscheinung des verlorenen Weltkrieges“ zu interpretieren und ihr als „das wesentlichste Merkmal... Krisenbezogenheit“ zuzusprechen. Von dieser Konzeption her erklärt sich die Ansicht, daß während der Weimarer Republik der AD bzw. die Dienstpflcht allgemein als „Allheilmittel“, als „Wundermittel“, als „Patentlösung“ zur Überwindung

der mannigfachen Schwierigkeiten „in dilettantischer Verkürzung der Probleme“ angeboten worden sei (S. 7, 14, 15, 27, 34). Dieser Vorwurf, den man gegen sich selbst zu erheben nie vergessen sollte, trifft „nach der Niederlage — vor allem in Rechtskreisen — viele Befürworter, für die das militärisch ausgerichtete Denken der Kriegszeit auch in der Folgezeit bestimmd blieb“ (S. 7).

Ohne auf Einzelheiten hier eingehen zu können, ist Köhler zuzustimmen, daß er „keinen Anspruch auf eine erschöpfende Behandlung dieses Zeitabschnittes erheben will“. Hinzuzufügen wäre, daß ein solches Vorhaben beim AD als einem recht komplexen Problem auch unter der Voraussetzung intensiver Kenntnis der Vergangenheit vorläufig noch kaum gelingen kann. Geschichtsschreibung sollte doch eher auf kognitivem Denken als reiner Erkenntnisfunktion beruhen.

Schließlich sei — ausnahmsweise — folgendes festgestellt: Das Buch zwingt, auf Form und Darstellung, auf Ausdruck und Stil hinzuweisen, ohne dabei in pedantische Sprachverbessererei zu verfallen oder dieser bezichtigt werden zu können. Die Eigentümlichkeiten, die ein gewissenhaftes Studium der Darstellung nicht erleichtern, beginnen mit den ersten Zeilen, mit dem „Begriff des Arbeitsdienstes“ und mit der „Vorstellung des Reichsarbeitsdienstes“. Sie führen u. a. über den auffälligen Gebrauch des Part. Praes., über Fremdwörter (wie „Gegenreaktion“ und „konträr entgegengesetzte Vorstellungen“) bis zu Konstruktionen und Längen von Sätzen, die erkennen lassen, wie schwer es gefallen sein muß, den Stoff in den Griff zu bekommen.

Eberhard Schmieder, Berlin

Peter von Oertzen (Hrsg.): Festschrift für Otto Brenner zum 60. Geburtstag. Frankfurt/M. 1967. Europäische Verlagsanstalt. 492 S.

Peter von Oertzen bezeichnet in seinem Vorspruch die Festschrift als einen Sammelband sozialwissenschaftlicher Abhandlungen und als die Ehrung eines Mannes des öffentlichen Lebens, „der selbst der Welt der Wissenschaft nicht zugehört“. Dieser Umstand verleiht der Festschrift einen „besonderen Charakter“. Die Verfasser der 27 Beiträge wollen nicht nur Otto Brenner als Menschen und als Mann des öffentlichen Lebens ehren, sondern eine historische und politische Leistung würdigen. Sie seien, wie der Herausgeber sagt, „einig in dem Bestehen auf der Notwendigkeit kritischer gesellschaftswissenschaftlicher Analyse, einig in der Sorge um unsere Demokratie, einig in der Hoffnung auf eine freiere und gerechtere Gesellschaftsordnung“, vor allem auch „darin einig, daß unabhängige selbstbewußte Gewerkschaften in einer freien Gesellschaft nicht nur ein notwendiges Übel sind, ... sondern ein wesentliches Stück des Fundamentes, auf dem der demokratische und soziale Rechtsstaat beruht“. Die Festschrift zeichnet sich insofern durch eine eindrucksvolle Geschlossenheit der Beiträge aus: Es sind durchweg „politische“, d. h. wertorientierte Beiträge; und die Verfasser bekennen sich — ungeachtet aller Unterschiedlichkeit der religiösen, weltanschaulichen und tagespolitischen Auffassungen —

zu gewissen gesellschaftspolitischen Grundpositionen. Das macht die Lektüre höchst anregend. Der Leser lernt nicht nur die von den Verfassern behandelten Sachkomplexe, sondern auch die Verfasser selbst kennen oder, wenn er sie schon kennt, näher kennen. Unter diesem Gesichtspunkt wären vielleicht für manchen Leser einige kurze persönliche Notizen über die Verfasser der Beiträge wertvoll gewesen.

Die Beiträge selbst bringen viel nützliche Orientierung, vor allem aber, ihrer geschilderten Eigenart gemäß, eine Fülle von Gesichtspunkten, die auch für den interessant sind, der mit der jeweiligen Materie bereits vertraut ist. Angesichts dieses Reichtums des Dargebotenen muß sich der Rezensent auf eine Wiedergabe der Themen und auf wenige teils zustimmende, teils kritische Bemerkungen zu einigen Beiträgen beschränken.

Der Reigen wird eröffnet mit einer Glosse von Ernst Bloch aus dem Jahre 1930: „Zehn Jahre Zuchthaus, sieben Meter Courschleppe“. Es folgt „Wissenschaft heute und Gewerkschaften“ von Eugen Kogon, der zutreffend feststellt, daß „die Zahl der Wissenschaftler, die die Voraussetzungen für eine organisierte und doch freie Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften mitbringen“, „bis jetzt nicht allzu groß“, aber „auch nicht geradezu gering“ sei.

Einen sehr instruktiven historischen Beitrag liefert Oswald von Nell-Breuning über den deutschen Gewerkschaftsstreit um die Jahrhundertwende, bei dem es um die Frage ging, ob katholische Arbeiter einer Gewerkschaft angehören durften. Gegenüber den sog. Integrallisten, die nur den religiös-ethischen Arbeiterstandesverein wollten, hat sich schließlich das Gewerkschaftsprinzip durchgesetzt, aber „die Zurückhaltung gegenüber den Gewerkschaften überhaupt, insbesondere gegen jeden kämpferischen Einsatz für Ansprüche des Arbeiters, lebt“, wie v. Nell-Breuning schreibt, „bis heute in nicht zu unterschätzenden Teilen des katholischen Klerus fort“.

Die folgenden sechs Beiträge befassen sich mit den Gewerkschaften selbst: Hans-Paul Bahrdt, „Gewerkschaften in einer Gesellschaft des Übergangs“; Fritz Opel, „Gewerkschaften zwischen Integration und Evolution“; Walter Fabian, „Bemerkungen zur außerparlamentarischen Funktion der Gewerkschaften im demokratischen Staat“; Jürgen Seifert, „Gegenmacht in der Verfassungsordnung“; Reinhard Hoffmann, „Rechtsfortbildung durch Gewerkschaften“; Olaf Radke, „Das Koalitionsrecht als Ausdruck der Freiheit“. Eine Auseinandersetzung mit diesen zum Teil eigenwilligen Darlegungen ist hier aus Raumgründen nicht möglich. Zu unterstreichen ist die Feststellung Bahrdts, daß für die Gesamtarbeitnehmerschaft, die den größten Teil der Gesellschaft ausmache, „eigentlich auf die Dauer nur Gruppenziele proklamiert werden“ könnten, „die zugleich auch am Wohl der gesamten Gesellschaft orientiert“ seien. Wenn aber die Wirkungsmöglichkeiten der Gewerkschaften durch arbeitsrechtliche Rechtsprechung und Lehre weiter, wie bisher, eingeengt werden, wenn insbesondere die sog. Tarifmacht immer mehr eingeschränkt wird, dann muß zweifelhaft

werden, ob die Gewerkschaften, wie es *Bahrdt* annimmt, leistungsfähig genug bleiben, die sich aus der Verfolgung so weit gespannter Ziele ergebenden Probleme anzugehen. Im Beitrag von *Opel* wäre der Leser für nähere Angaben über die Vorstellungen dankbar, nach denen die derzeitige Gesellschaftsordnung zu ändern ist. *Seiferts* Formel von der „Gewerkschaft als Gegenmacht in der Verfassungsordnung“ hilft da nicht weiter.

Der anspruchsvolle Beitrag von Helmut *Ridder* über „Wirtschaftsstrafrecht und sozialistisches Eigentum“ beurteilt die Situation im Ostblock, wie die zwischenzeitlichen Ereignisse in der Tschechoslowakei gezeigt haben, ein wenig zu optimistisch, verdient aber wegen der nüchternen, systemimmanenter Würdigung des Rechts und seiner Handhabung im Ostblock und insbesondere in der DDR Zustimmung.

An den Beitrag von Hans Hermann *Emmelius* über „Die studentische Krankenversicherung in Hessen als Sozialversicherung“ und den frisch und anschaulich geschriebenen Beitrag von Helge *Pross* „Perspektiven für die Zukunft: Untersuchungen und Maßnahmen im Anschluß an den Frauenbericht der Bundesregierung“ schließen sich fünf Beiträge über gewerkschaftspolitische Fragen an: Theodor *Prager*, „Der Lohnkampf als Triebfeder der gesellschaftlichen Dynamik“; Ludwig *Preller*, „Kürzere Arbeitszeit“; Hartmut *Weber*, „Die Erweiterung der paritätischen Mitbestimmung als Problem der evangelischen Sozialethik“; Ekkehart *Stein*, „Freiheit am Arbeitsplatz“; Willy *Strzelewicz*, „Autoritätsstrukturen und industrielle Organisation“. *Preller* behandelt das Arbeitszeitproblem mit wohlabgewogenen Formulierungen in verdienstvoller Weise differenzierend. *Weber*, ein Anhänger der qualifizierten Mitbestimmung, macht mit seinem Beitrag die Schwierigkeiten deutlich, die die Mitbestimmung der evangelischen Kirche aus theologischen und politischen Gründen bereitet. Nach der Lektüre dieses Beitrages konnte die Studie der Kammer für soziale Ordnung über Mitbestimmung in der Wirtschaft nicht mehr überraschen. In *Steins* klugem Beitrag überrascht, daß er seine Konzeption einer überbetrieblich einzurichtenden, von der Unternehmensleitung unabhängigen, diese sogar kontrollierenden Personalstelle, die, wie er sagt, „einen tiefen Eingriff in die Machtstruktur unserer Wirtschaft bedeutet“, der qualifizierten Mitbestimmung vorzieht. Ausgezeichnet ist der Beitrag von *Strzelewicz* mit seiner sehr erhellenden Definition der Herrschaft (S. 288), seiner Unterscheidung von Herrschaftsautorität und Auftragsautorität und seiner Auffassung des Demokratisierungsprozesses als eines Überganges von der Herrschafts- zur Auftragsautorität. Der Aufsatz ist eine mitbestimmungssoziologische Fundgrube.

Sehr informativ ist der Beitrag von Wolfgang *Abendroth*, „Historische Funktion und Umfang des Widerstandes der Arbeiterbewegung gegen das Dritte Reich“, insbesondere seine nüchterne Schilderung der Vorgänge vor und nach dem 30. Januar 1933.

Keinen engeren Zusammenhang mit den Gewerkschaften haben die letzten neun Beiträge von Thomas *Ellwein*, „Lethargie oder Restau-

ration?“; Ossip K. *Flechtheim*, „Westdeutschland am Wendepunkt?“; Iring *Fetscher*, „Konkrete Demokratie — heute“; Eduard *März*, „Klasse, Klassenstruktur und Klassenkampf: eine marxistische Analyse“; Christian *Graf von Krockow*, „Klassenbegriff und Bildungssystem“; Peter von *Oertzen*, „Der ‚Aufstieg der Begabten‘. Zur Kritik einer Parole“; Dietrich *Goldschmidt*, „Bildungsplanung und Bildungsforschung“; Wilfried *Gottschalch*, „Modelle des verlorenen Friedens“ und Gerhard *Weisser*, „Politische Bildung — nur Information oder auch Haltungspflege?“. *Ellweins* Beitrag enthält sehr bemerkenswerte „kritische Überlegungen zur Bonner Regierungsorganisation“, einem auch von der Wissenschaft wenig traktierten, aber politisch höchst wichtigen Thema. *Flechtheims* brillante, auf weite Strecken beifalls-würdige Ausführungen sind mitunter etwas überspitzt, nicht frei von Einseitigkeiten und nicht immer realistisch; es kann doch wohl die Einheitsfront mit kommunistisch geführten Gewerkschaften des Westens (S. 374) nicht ernsthaft erwogen werden. *Fetscher* verkennt, daß auch die Gewerkschaften werben müssen, weil ihre Nützlichkeit keineswegs allen Arbeitnehmern „evident“ ist (S. 388). Vortrefflich ist der Beitrag von v. *Oertzen*. Seine Kritik des landläufigen Begabungsbe- griffs und seine These, daß „Auslese und Aufstieg der Begabten“ in unserem herkömmlichen Bildungssystem nicht zuletzt eine soziale Aus- lese bedeute, überzeugen. *Goldschmidt* bietet eine gute Einführung in die Probleme der Bildungsforschung und findet deshalb besonderes Interesse, weil, wie er hervorhebt, gerade in den deutschsprachigen Staaten in der Bildungsforschung noch in ganz ungewöhnlichem Ausmaß wissenschaftliche Grundlagen zu erarbeiten sind.

Zusammenfassend kann mit dem Herausgeber gesagt werden: Die Festschrift ist ein Beitrag zur sachlichen Klärung von Problemen, vor denen die deutsche Gewerkschaftsbewegung und unsere ganze Demokratie stehen.

Otto Kunze, Düsseldorf

Alfred Eugen Ott (Hrsg.): Fragen der wirtschaftlichen Stabilisierung. Tübingen 1967. Verlag J. C. B. Mohr. 114 S.

Das Buch behandelt die Vorträge, die anlässlich des hundertfünfzig-jährigen Bestehens der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der Tübinger Universität im Rahmen einer Ringvorlesung gehalten wurden. Es beginnt mit einem insgesamt skeptischen Beitrag von *Vosgerau* zur Frage, ob Wachstum und Preisstabilität miteinander in Einklang gebracht werden können. Ausgehend von der Tatsache, daß intertemporale und internationale Vergleiche wenig über das Verhältnis von Wachstum und Preisniveauperänderungen aussagen, versucht der Verfasser, die Bestimmungsgründe der Inflationsrate im Wachstum in den Griff zu bekommen. Auf Grund der notwendigen strukturellen Veränderungen in einer expandierenden Wirtschaft und in Verbindung mit einigen Starrheiten ist nach seiner Ansicht mit Preisniveauerhöhungen zu rechnen, die weniger durch eine konzertierte Aktion als durch eine aktive Strukturpolitik verhindert werden können.

Erich Arndt entwickelt auf kreislauftheoretischer Basis eine plausible Konzeption einer stabilitätsorientierten Lohnpolitik in der Hochkonjunktur, die sich positiv von den kostenniveauneutralen Zielvorstellungen des Sachverständigenrates abhebt. Arndt zeigt, daß, wenn die staatliche Wirtschaftspolitik die übrigen Kreislaufströme durch finanzielle und zahlungsbilanztechnische Maßnahmen zu lenken vermag, ein echtes Interesse der Gewerkschaften an der Einhaltung der stabilitätskonformen Grenze für Lohnerhöhungen bestehen müßte. Nur dann können sie nämlich eine maximale Realeinkommenssteigerung erreichen.

In einem dritten Beitrag untersucht Koch die finanzpolitischen Mittel, die das Stabilisierungsgesetz zur Verfügung stellt, indem er sie in eine Kreislaufmatrix einordnet. Der Instrumentenkasten ist, wie der Verfasser zeigt, zwar ziemlich umfassend, nur zur gleichzeitigen Realisierung von binnen- und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht wenig geeignet. Die monetären Aspekte treten allerdings etwas zu stark zurück.

Jaksch will in seinem Beitrag durch eine ökonometrische Analyse zur Erklärung der Inflation 1919—1923 in Deutschland beitragen. Der Versuch, sie aus den Interessen derer, die an der Inflation interessiert waren, zu begründen, scheint mir allerdings recht anfechtbar.

Kloten, der inzwischen in den Sachverständigenrat berufen wurde, hat im nächsten Beitrag faktisch im voraus seine Konzeption zur Lösung des schwierigen Abstimmungsproblems zwischen internationaler Währungsordnung und nationaler Stabilität entwickelt. Vor dem Hintergrund der Goldwährungsordnung faßt er zunächst die Mängel des heutigen Systems zusammen und nennt dann eine Kombination von Maßnahmen, die zwar wenig revolutionär sind und anderen „Plänen“ entstammen, dafür vielleicht aber eher praktiziert werden können.

Der Band wird abgeschlossen durch einen Aufsatz von Ott zum Thema „Magische Vielecke“. Der Verfasser zerlegt die fünf wirtschaftspolitischen Ziele in einige (ausgewählte) Zwecke und untersucht dann die Vereinbarkeit jeweils zweier Ziele miteinander.

Alois Oberhauser, Freiburg i. Br.

Helmut Reichardt: Kreislaufaspekte in der Ökonomik. Tübingen 1967.
J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 186 S.

Das neuere Interesse an der marxistischen Wirtschaftstheorie ist der aktuelle Anlaß für die verstärkte Beschäftigung mit makro-ökonomischen Kreislaufgedanken, eine seit Keynes wiederbelebte Forschungsrichtung in der bürgerlichen Ökonomik. Die Anzahl prominenter Kreislaufmodelle in der Wirtschaftstheorie ist beträchtlich. Am Anfang der ökonomischen Modellbildung überhaupt steht Quesnays *Tabelle économique*.

Das vorliegende Buch mit seinem attraktiven Titel wird man daher gespannt zur Hand nehmen. In zügiges Lesen wird man diese Span-

nung allerdings schwerlich umsetzen können: Die Schrift stammt aus der Tübinger Schule und ist den immer noch relativ wenig verbreiteten Gedanken der Strukturlehre von Hans Peter verpflichtet. (In einem Appendix sind deren Grundlagen zusammenfassend dargestellt worden.) Reichardts Buch ist aber keineswegs exegetisch, es ist ein origineller Beitrag zur Kreislaufproblematik. Der angezeigte Bezugspunkt läßt aber schon erwarten, daß dieser Beitrag nicht etwa eine dogmenhistorische Betrachtung ökonomischer Kreislaufvorstellungen liefert. Eher würde man schon den Ansatz zur Entwicklung eines neuen umfassenden Kreislaufkonzeptes vermuten. Auch das ist es nicht.

Es ist der Versuch, das Kreislaufkonzept systematisch zu analysieren, es in eine Anzahl von „Kreislaufaspekten“ aufzugliedern, um dann einige bekannte Kreislaufmodelle zur Illustration, aber auch zum Zweckmäßigkeitstest dieser Zerlegung heranzuziehen. Dabei zeigt sich, daß die Reichardtschen Aspekte für die einzelnen betrachteten Modelle durchaus unterschiedliche Bedeutung haben. So gerät dieses Aspektenprisma zu einem wirksamen Werkzeug zur typologischen Charakterisierung von Kreislaufmodellen. Mehr noch: Man kann dem Autor zustimmen, die Auswahl der Kreislaufaspekte so getroffen zu haben, daß seine Schrift für die von ihm anvisierte Aufgabe gut ausgerüstet ist. „Im Hinblick auf die große und stets noch wachsende Zahl von Kreislaufmodellen soll sie in erster Linie einen Beitrag zur kritischen Interpretation solcher Modelle leisten.“

Die Aspekte sind: Zyklomatik (12 S.), Formale Struktur (21 S.), Reproduktion (38 S.), Saldenmechanik (17 S.), Zirkulation (8 S.) und Kreislaufmechanik (39 S.). Formale und topologische Eigenschaften sind Gegenstand des zyklomatischen und des strukturellen Aspekts (*Peter*), der Güterkreislauf wird unter dem Reproduktionsaspekt analysiert (*Quesnay, Marx*), unter saldenmechanischem Aspekt (*Stützel*) wird das Kreislaufgeschehen in einem doppischen Buchungssystem beschrieben. Hat man beim Reproduktionsaspekt physische Güterströme von verschiedener Qualität im Auge, so stellt sich beim Zirkulationsaspekt als Objekt der Kreislaufbetrachtung eine homogene Wertgröße (z. B. Volkseinkommen) dar. Tatsächlich hat die Kreislaufbetrachtung unter diesem Aspekt die größte Bedeutung gewonnen, sowohl in der theoretischen (*Keynes*) als auch in der praktischen Variante (Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung). Die mechanisch-simulative Behandlung von Interdependenzen zwischen Globalgrößen muß sich u. a. mit dem Aggregationsproblem (*Klein, Greene, Nyblén*) auseinandersetzen, dem Reichardt dann auch besondere Aufmerksamkeit widmet. Es zeigt sich, daß eine nichtstochastische Wirtschaftsmechanik eher noch als etwa die Ökonometrie hier auf starke Schwierigkeiten und Begrenzungen trifft.

Die Thematik dieses Buches fordert einen gewissen Abstraktionsgrad, eine elegante Darstellung verlangt nach weitgehender Formalisierung. Eine nicht ganz leichte, aber lohnende Lektüre.

Werner Meißner, Darmstadt

Friedrich von Hayek: Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren. Kiel
Vorträge N. F. 56. Kiel 1968. Inst. f. Weltwirtschaft, 20 S.

Diese kurze Schrift ist im richtigen Augenblick erschienen. Es ist zu hoffen, daß alle verantwortlichen Wirtschaftspolitiker, aber auch jene Wirtschaftswissenschaftler, die der Makro-Theorie als der allein seelig machenden holdigen, diesen Beitrag aufmerksam lesen. In einer Zeit, in der die Wirtschaft immer stärker dirigistische Züge annimmt und die Planung der makroökonomischen Größen einen zunehmend breiteren Raum einnimmt, macht von Hayek auf die Feinstruktur der Wirtschaft, die eigentliche Triebfeder des Wirtschaftslebens, aufmerksam und bricht eine Lanze für den Wettbewerb. Für den Befürworter des Wettbewerbs mit allen seinen Eigenarten ist die Klarheit der Hayek-schen Argumentation erfrischend.

Im Mittelpunkt der Ausführungen steht der Wettbewerb, definiert als ein Entdeckungsverfahren von Tatsachen, „die ohne sein Bestehen entweder unbekannt bleiben oder doch zumindest nicht genutzt werden würden“ (S. 1). Daraus ergeben sich für von Hayek zwangsläufig zwei wesentliche Folgerungen. So ist „Wettbewerb nur deshalb und insoweit wichtig, als seine Ergebnisse unvoraussagbar und im ganzen verschieden von jenen sind, die irgend jemand anstreben hätte können sowie auch, daß sich seine wohltätige Wirkung darin zeigen muß, daß er gewisse Absichten vereitelt und gewisse Erwartungen enttäuscht“ (S. 1). Die zweite Folgerung ist methodologischer Art. Im Mittelpunkt dieser Gedanken steht die These, daß im Gegensatz zu den Bestrebungen der Makro-Theorie „die Gültigkeit der Theorie des Wettbewerbs für jene Fälle, in denen sie interessant ist, nie empirisch nachgeprüft werden kann“ (S. 4). Diese Tatsache sei wahrscheinlich für die Abwendung von der Mikro- und Hinwendung zur Makro-Theorie für viele Ökonomen entscheidend gewesen. Dabei ist die Makro-Theorie, die auf die Voraussage konkreter Ereignisse hinziele, für von Hayek viel weniger wissenschaftlich, da einmal die Grobstruktur der Wirtschaft keine Regelmäßigkeiten zeigen könne, die nicht Ergebnisse der Feinstruktur sind, und zum anderen die makroökonomischen Aggregate und Durchschnittswerte keine Information über die Vorgänge der Feinstruktur gäben. Damit weist er zutreffend auf die Vielfältigkeit und Komplexität der wirtschaftlichen Geschehensabläufe hin, die nur sehr allgemeine Aussagen zulassen, aber keine spezifischen Voraussagen von Einzelereignissen. Für von Hayek hält die Makrotheorie daher auch lediglich Faustregeln zur Bildung von Voraussagen bei unzureichender Information parat. In diesem Zusammenhang greift er eine der wesentlichen Voraussetzungen der Makro-Theorie an, die der gegebenen Menge knapper Güter. Diese Annahme habe das Verständnis des Wettbewerbs für viele verbaut, denn „welche Güter knapp, oder welche Dinge Güter sind, oder wie knapp oder wertvoll sie sind, ist gerade einer der Umstände, die der Wettbewerb entdecken soll“ (S. 7). Die Theorie des vollkommenen Wettbewerbs, den er als einen Zustand, der alle wesentlichen Umstände als bekannt

voraussetzt, bezeichnet, wird von ihm abgelehnt, da er nichts mit dem Wettbewerb als Entdeckungsverfahren zu tun habe.

Von Hayeks weitere Aufmerksamkeit gilt der Frage der spontanen Ordnung. Er bedauert, daß die Ordnung, die der Markt herbeiführe, als Wirtschaft bezeichnet werde. Wirtschaft im strengen Sinn bedeute „eine Organisation oder Anordnung, in der jemand planmäßig Mittel im Dienste einer einheitlichen Zielhierarchie verwendet“ (S. 8). Die durch den Markt herbeigeführte spontane Ordnung, die von Hayek Katallaxie nennt, sei etwas ganz anderes, da sie sich aus komplexen einzelwirtschaftlichen Zielhierarchien zusammensetze, die in keine einheitliche Wertskala zu pressen seien. Hierin ist wohl auch das Scheitern der sog. Welfare Economics zu suchen, in deren Mittelpunkt das Bemühen um eine einheitliche Wertskala steht.

Eine entscheidene Rolle in der spontanen Ordnung spielt der Preis, der vor allem aussagt, „nicht wieviel, sondern was wir leisten sollen“ (S. 13). Preise erbrächten in einer demokratischen Gesellschaft spontan die notwendigen Anpassungen, während eine bewußte Lenkung immer auf Preise hinzielen müßte, die als gerecht empfunden werden. „Das kann in der Praxis nur die Erhaltung der bestehenden Einkommens- und Preisstruktur bedeuten“ (S. 14). Von Hayek weist darauf hin, daß auf einem sehr wesentlichen Markt, dem Arbeitsmarkt, der Wettbewerb nahezu ausgeschaltet ist und sich sowohl die Lohnstruktur als auch das Lohnniveau von den Marktverhältnissen entfernt haben. Die Schwierigkeiten in der Währungspolitik lassen sich nach Ansicht von Hayeks fast alle auf das Problem der Starrheit der Löhne zurückführen. „In gewissem Sinn ernten wir hier nur, was der Begründer dieser Mode gesät hat, denn wir sind natürlich schon in jenem 'long run', in dem er wußte, daß er tot sein würde“ (S. 17).

Von Hayek hat mit seiner kurzen Schrift in viele Wespenester der modernen Wirtschaftstheorie gestochen. Er hat mit erfrischender Offenheit Probleme angesprochen, die für manchen Ökonomen heute Tabus darstellen. Für eine Erkenntnis ist ihm allerdings besonders zu danken: daß alles, was wir vom Wettbewerb als Entdeckungsverfahren erwarten dürfen, ist, „daß es die Chancen für unbekannte Personen vergrößern wird, aber nicht irgendwelche bestimmte Ergebnisse für bestimmte Personen“ (S. 9). In diesem Satz wird deutlich, worauf es von Hayek ankommt, nämlich auf die Erhaltung der Wettbewerbsfreiheit.

Jörg Schlegel, Berlin

Karlheinz Kleps: Langfristige Wirtschaftspolitik in Westeuropa. Die neuen wirtschaftspolitischen Konzeptionen und ihre Problematik. Freiburg/Br. 1966. Rombach. 524 S.

Die vorliegende umfangreiche Habilitationsschrift befaßt sich anhand z. T. von Kleps selbst zusammengetragenen empirischen Materials über Methoden und Auswirkungen der Wirtschaftsplanung in verschiedenen westeuropäischen Ländern mit der Problematik von „Wettbewerb und staatlicher Planung in der Marktwirtschaft“. Dabei setzt sich

der Verfasser das Ziel, „die bisher in Westeuropa auf nationaler und internationaler Ebene entwickelten gesamtwirtschaftlichen Planungs- und Programmierungskonzeptionen von ihrer jeweiligen Begründung her zu erfassen, sie in den Zusammenhang der jeweils unterschiedlichen ökonomischen und außerökonomischen Bedingungskonstellation zu stellen, ihre methodischen Besonderheiten aufzuzeigen und ... ihre quantitativen und qualitativen Zielsetzungen mit den jeweils realisierten Werten und den tatsächlichen Entwicklungstendenzen der bisherigen Politik zu konfrontieren“. Dieser Konzeption entsprechend stellt Kleps in den jeweiligen Abschnitten über die einzelnen westeuropäischen Länder (Frankreich, Belgien, Großbritannien, Italien, Norwegen, Schweden, die Niederlande und die BRD — sowie die EWG) das Zustandekommen der „ordnungspolitischen Grundentscheidung“ an den Anfang seiner Überlegungen. Dadurch liegt der Akzent seiner Ausführungen fast überall eher auf ideologischen Faktoren, wie der „Geisteshaltung der Franzosen“ (S. 69), der Aufgabe der „Verstaatlichungs-ideen“ in Schweden (S. 235), dem „öffentlichen Wachstumsbewußtsein“ (S. 43), als auf den grundlegenden ökonomischen Verhältnissen, die die jeweiligen Meinungen, Bewußtseinsinhalte usw. geschaffen und beeinflußt haben.

Das ist offensichtlich auch die Ursache dafür, daß der Verfasser vor einer „allgemeinen, das heißt für alle hochindustrialisierten Länder der westlichen Welt gleichermaßen gültigen Aussage über die Zweckmäßigkeit oder Fragwürdigkeit langfristiger Rahmenpläne oder Programme“ (S. 9) zurückschrekt.

Es geht hier nicht darum, Kritik an der fraglos richtigen Einsicht des Verfassers zu üben, daß ein konkretes Urteil, das alle historischen Fälle und Möglichkeiten einschließt, nicht möglich sei; wenn man jedoch die Vielfalt von Diskussionsbeiträgen und Meinungen in den verschiedenen Ausgangspositionen zum Ausgangspunkt der Überlegungen macht, können sich daraus auch Beschränkungen für generalisierende Erkenntnisse ergeben, die nicht von der Sache her unvermeidlich sind.

In einer Arbeit, die ihr Hauptgewicht auf die Empirie legt, könnte dann auf generalisierende Schlußfolgerungen verzichtet werden, wenn die allgemeine Diskussion bereits einen gewissen Konsensus auf diesem Gebiet erreicht hätte. Davon kann jedoch nicht die Rede sein. Die heutige „westliche“ Wirtschaftswissenschaft ist weitgehend nicht über den Stand der bloßen Konstatierung des Phänomens „Präsenz des Staates“ hinausgegangen (sicher mit Ausnahmen wie z. B. Shonfield). Es wäre freilich unbillig, diesen Mangel gerade dem vorliegenden Buch anzulasten; es muß nur mit einem gewissen Bedauern festgestellt werden, daß das reichlich zusammengetragene Material als Folge der ideologischen Position des Verfassers nicht optimal genutzt wurde. Obgleich aber Shonfields „Modern Capitalism“ dem Verfasser vorgelegen hat (s. Literaturverzeichnis), hat er zu dessen z. T. originellen Analysen nicht Stellung genommen. Gerade aus einigen grundlegenden gemeinsamen Merkmalen der untersuchten Staaten, die alle einerseits „hochindustrialisiert“,

andererseits aber auch alle kapitalistisch organisiert sind, hätten sich die Unterschiede der konkreten Fälle aber gut herausarbeiten lassen, so daß dann folgerichtig die subjektiven ideologischen Dispute nicht als die treibenden Kräfte, sondern als Ausdruck verschiedener objektiver Interessenlagen erschienen wären.

Dadurch hätte die Auswertung des Materials m. E. konkretere Aussagen über die Ursachen der Abweichungen qualitativer und quantitativer Art zwischen Plankonzeption und Wirklichkeit, die sich vermutlich in der Mehrzahl der Fälle eher als gesellschaftlich und weniger als plantechnisch bedingt erwiesen hätten, ergeben können.

Der Wert dieses Buches besteht in der Lieferung reichhaltiger, übersichtlich geordneter und damit auch vergleichbar gemachter empirischer Fakten über Praktiken zentraler Wirtschaftsplanung und ihre historische Entwicklung.

Holger Heide, Wiesbaden

Werner Zohlnhöfer: Wettbewerbspolitik im Oligopol. Basel, Tübingen 1968. Kyklos-Verlag, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 277 S.

Zohlnhöfer untersucht in seinem Buch die Wirksamkeit der amerikanischen Antitrust-Politik auf oligopolistischen Märkten. Im ersten Teil beschreibt er die Grundlagen und Aufgabenstellung einer Wettbewerbsordnung, definiert die Begriffe und gibt einen Überblick über oligopoltheoretische Ansätze.

Unter Wettbewerb versteht er in Anlehnung an J. M. Clark „das selbständige Streben miteinander rivalisierender Einzelwirtschaften nach als vorteilhaft betrachteten Geschäftsverbindungen mit der Marktgegenseite“ (S. 5). Für ihn ist Wettbewerb nicht Selbstzweck, sondern Instrument zur Realisierung bestimmter Ziele. Die Wettbewerbsordnung definiert er als ein Wirtschaftssystem, „in dem die Koordination der einzelwirtschaftlichen Beziehungen ... grundsätzlich dem freien Wettbewerb auf offenen Märkten überlassen wird“ (S. 6, Sperrung i. Original). Funktionsfähig (workable) ist der Wettbewerb, wenn er einen „kontinuierlichen wirksamen und von den Beteiligten unkontrollierbaren Preisdruck erzeugt“ (S. 7).

Anschließend arbeitet Zohlnhöfer die Bedingungen für die Entfaltung eines funktionsfähigen Wettbewerbs heraus. Zutreffend gelangt er zu dem Ergebnis, funktionsfähiger Wettbewerb könne sich unter verschiedensten Konstellationen entwickeln. Trotzdem bemüht sich der Verfasser, Bedingungen zu erarbeiten, „unter denen eine Entfaltung (des funktionsfähigen Wettbewerbs, Anm. d. V.) zuverlässig zu erwarten ist“ (S. 12, Sperrung i. Original).

Zohlnhöfer meint bei *Kantzenbach* (Die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs) einen entsprechenden Ansatz gefunden zu haben. Hier irrt er, denn *Kantzenbachs* Ansatz ist bestenfalls komparativ-statistisch und läßt keinen Raum für eine dynamische Betrachtungsweise. Zudem stehen die wichtigsten deduktiv abgeleiteten Ergebnisse im Widerspruch zu empirisch gefundenen Erkenntnissen. Letztlich mußte *Kantzenbach*

in einer Entgegnung auf *Hoppmann* zugestehen, er sehe keine befriedigende Möglichkeit, die Zutrittsmöglichkeiten explizit in seine Analyse aufzunehmen. Marktzutrittsschranken und potentielle Konkurrenz sind für Zohlnhöfer jedoch wichtige Bestimmungsgrößen für das Wettbewerbsverhalten, ebenso wie die von *Heuss* aufgedeckten Zusammenhänge von Unternehmertypus und Marktphase.

Der zweite Teil der Arbeit wird von einem umfassenden Überblick über die Grundlagen und Zielsetzungen der amerikanischen Antitrust-Politik eingeleitet, bevor der Verfasser das generelle Monopolisierungsverbot nach sec. 2 Sherman-Act sowie verschiedene Einzelpraktiken wie Preisdiskriminierung (*Robinson-Patman-Act*), Ausschließlichkeits- und Koppelungsverträge (sec. 3 Clayton-Act) und Patentakkumulation (sec. 2 Sherman-Act) untersucht und mit der Spruchpraxis der amerikanischen Antitrust-Gerichte konfrontiert. Nach Zohlnhöfer sind nicht nur alle auf eine umfassende Marktbeherrschung gerichteten Strategien des „monopolizing“ von Oligopolisten als unzulässig zu betrachten, sondern auch alle auf Verdrängung, Unterwerfung und Herabminderung der Leistungsfähigkeit einzelner Konkurrenten abzielenden Verhaltensweisen (S. 112); im Hinblick auf Unternehmenszusammenschlüsse biete sec. 7 Clayton-Act in Form des Celler-Kefauver Anti-Merger-Act eine ausreichende rechtliche Handhabe, Oligopolisten daran zu hindern, „sich zu einem (Teil-)Monopol zusammenzuschließen; durch den Erwerb anderer Unternehmen ihre Position auf den traditionell belieferten Märkten auszubauen oder sie auf andere Märkte zu übertragen; die Anzahl der zu einem eigenständigen Marktverhalten befähigten Anbieter spürbar zu verringern“ (S. 168). Vor allem sei der Kefauver-Act nicht nur auf horizontale und vertikale, sondern auch auf konglomerate Zusammenschlüsse anwendbar.

Wettbewerbsbeschränkende Kooperationen würden nach sec. 1 und 2 Sherman-Act verfolgt, wobei „jede Kooperation von Konkurrenten zum Zwecke der Beschränkung bzw. Ausschaltung des Wettbewerbs und/oder der Verdrängung, Unterdrückung oder Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit anderer Marktteilnehmer als unzulässig zu betrachten ist“ (S. 205). Allerdings werde das Problem der Preisführerschaft nicht erfaßt, das damit zum wichtigsten ungelösten Problem der Antitrust-Politik geworden sei.

Im dritten Teil versucht Zohlnhöfer, praktikable Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten, denen allerdings skeptisch begegnet werden sollte. Da die Entflechtung praktisch große Schwierigkeiten bereite, sollte nach Zohlnhöfer vor allem mit dem Druck der Öffentlichkeit und der staatlichen Einflußnahme mittels staatlicher Beteiligung oder eines Mitspracherechts gearbeitet werden. Dem Argument, damit werde praktisch staatliche Preispolitik und damit Dirigismus betrieben, begegnet er mit der These, privatwirtschaftliche Preiskontrolle werde lediglich von staatlicher Gegenmacht zur Beschränkung dieser Kontrolle ergänzt (S. 233). Diese Schlußfolgerung ist in ihrer Zwangsläufigkeit nicht recht einsichtig. Der Verfasser folgert an anderer Stelle

(S. 168), die Antitrust-Politik betreibe eine präventive Wettbewerbspolitik, d. h. die Vorschriften zielen auf die Wiederherstellung des Wettbewerbs ab (vor allen Dingen der Kefauver-Act). Mit seinem Vorschlag durchbricht Zohlnhöfer die Geschlossenheit des amerikanischen Rechtssystems und ersetzt die Mißbrauchsaufsicht mit Beseitigungsfolge durch die Mißbrauchsaufsicht mit Verhaltenskontrolle, obwohl die Entflechtung systemkonformer wäre.

Alles in allem muß jedoch der Versuch von Zohlnhöfer, die Theorie mit der amerikanischen Rechtsprechung zu konfrontieren, als geglückt angesehen werden.

Jörg Schlegel, Berlin

Werner Clement: Bildungsökonomik als Entscheidungshilfe für die Wachstumspolitik. Berlin-München 1968. Duncker & Humblot. 26 S.

An zusammenfassenden Darstellungen der noch jungen Bildungsökonomie ist mittlerweile kein Mangel mehr. Die Schrift von Clement, als erweiterte Fassung eines Vortrags, fügt sich dieser Reihe an. Ihr Vorzug liegt in der Spannweite, mit der verschiedene Bereiche der bildungsökonomischen Forschung in ihrem Zusammenhang untereinander und mit der Analyse des Wirtschaftswachstums umfaßt sind: (1) der Beitrag von Bildungsinvestitionen zum Wachstum, (2) die Planung des Bildungswesens für die Ausbildungserfordernisse einer wachsenden Wirtschaft und (3) die Systemanalyse des Bildungswesens, d. h. der institutionellen und funktionellen Struktur der Input-Output-Beziehungen innerhalb dieses Sektors der Volkswirtschaft bis hin zu den betriebswirtschaftlichen Aspekten einzelner Bildungseinrichtungen und Lernprozesse. Den Schwerpunkt legt Clement hierbei auf Arbeitskräfte- und Ausbildungserfordernisse einer wachsenden Wirtschaft, von denen der sogenannte "manpower approach" der Bildungsplanung ausgeht. Bei diesem Ansatz handelt es sich im Grunde um die Erweiterung der Input-Output-Analyse um den qualitativen Aspekt des erforderlichen Arbeitseinsatzes in den verschiedenen Sektoren, einschließlich des Bildungswesens selbst (wobei jedoch zum Teil, vor allem für den Bereich der „Versorgungsdienstleistungen“, d. h. etwa den künftigen Bedarf an Ärzten, andere Projektionsmethoden angewandt werden müssen). Damit sieht sich dieses Verfahren all den Einwänden ausgesetzt, die gegen eine „Leontief-Welt“ vorzubringen sind, und hat zusätzlich die Schwierigkeit, Berufe oder Qualifikationserfordernisse der Produktion für die Bildungsplanung in Kategorien des Bildungswesens zu übersetzen. Clement macht diese Grenzen einer wachstumsorientierten Bildungsplanung deutlich. Nur wenige Bemerkungen finden sich im Anschluß zu den Funktionsweisen des Arbeitsmarktes, der als Zwischenglied in die Verbindung von Bildungswesen und Wirtschaftswachstum tritt. Beim Umfang der Schrift ist diese Kürze verständlich, bei dem Interesse, das gerade diesen Fragestellungen heute entgegengebracht wird, jedoch bedauerlich.

Hans-Joachim Bodenhöfer, Berlin

Joseph W. Conard: The Behaviour of Interest Rates. A Progress Report. New York 1966. Columbia Univ. Press. 145 S.

Diese Veröffentlichung gibt eine Art Zwischenbilanz zu einer groß angelegten Untersuchung des National Bureau of Economic Research über das Zinsproblem. Die Mitglieder des Forscherteams gingen dabei zunächst die Frage nach den Bestimmungsgründen der Zinssätze von ganz verschiedenen Einzelaspekten aus an. Diese sechs Ansatzpunkte sind im einzelnen, wobei jeweils nur die Verhältnisse in den USA zu grunde gelegt werden:

1. Eine spezielle Untersuchung über den außerordentlich wichtigen Hypothekenmarkt. Es wird vor allem gezeigt, welche Faktoren unterschiedliche Zinssätze auf diesem Markt bewirken.

2. Der nächste Abschnitt ist dem Markt für Industrieanleihen gewidmet, die direkt (in erster Linie bei Lebensversicherungen) plaziert werden. Dieser Markt hat mittlerweile einen bedeutenden Umfang erreicht. Wie für den Hypothekenmarkt werden auch hier die verschiedenen Einflußgrößen auf die unterschiedliche Höhe des Zinses dargestellt.

3. Die Studie über die *saisonalen* Schwankungen der Zinssätze bringt eine Reihe überraschender Ergebnisse, wie z. B. den Nachweis, daß die Saisonschwankungen der kurzfristigen Zinssätze, die vorher sehr ausgeprägt waren, seit 1960 zurückgegangen sind.

4. Besondere Beachtung verdient der Abschnitt über Veränderungen der Zinssätze im Konjunkturverlauf. An wichtigen Einzelergebnissen wären zu nennen: Für die Zeit von 1900—1960 ist eine deutliche Tendenz zur Synchronisierung von Konjunkturverlauf und Zinsentwicklung festzustellen; während die Amplitude der konjunkturellen Schwankungen bei den kurzfristigen Zinssätzen deutlich abgenommen hat, ist sie bei den langfristigen Zinsen größer geworden. Bedeutsam erscheint jedoch vor allem der Nachweis, daß die Veränderung des Geldangebots die Zinssätze im Konjunkturablauf beeinflußt, die Geldnachfrage also nicht allein ausschlaggebend ist.

5. Die empirische Untersuchung der Bestimmungsgründe für die Struktur der Zinssätze nach der Laufzeit der Kredite begegnet besonderen Schwierigkeiten, spielen doch hier die Erwartungen eine besondere Rolle. Die (vorläufigen) Ergebnisse dieses Abschnittes dürften daher nur mit größtem Vorbehalt zu interpretieren sein.

6. Der letzte Teil enthält eine Darstellung der Faktoren, die zu der an sich merkwürdigen Tatsache führen, daß die Rendite der neu emittierten Industrieanleihen zeitweise erheblich über der Rendite von gleichartigen, bereits länger umlaufenden Papieren lag.

Allein dieser kurze Überblick zeigt schon, wie wenig wir eigentlich über die tatsächlichen Bestimmungsgründe der Zinssätze wissen und wie dringend notwendig derartige Untersuchungen daher sind. Das Endziel der gesamten Arbeit sieht Conard in einer stärkeren empirischen Fundierung der Zinstheorie. Über die Wichtigkeit dieser Auf-

gabe braucht man kein Wort zu verlieren. So bedeutsam die bisherigen Ergebnisse, die in dem vorliegenden Band dargelegt werden, im einzelnen sicher sind, so sind wir von diesem Ziel doch noch weit entfernt.

Otmar Issing, Nürnberg

Günter Schmölders, zus. mit G. Scherhorn und G. Schmidtchen: Der Umgang mit Geld im privaten Haushalt. Berlin, München 1969. Duncker & Humblot. 210 S.

In der bekannten Schriftenreihe „Beiträge zur Verhaltensforschung“ ist wieder ein neues, interessantes Heft erschienen, in welchem anhand empirischer Ergebnisse aus einer wirtschaftspsychologischen Repräsentativerhebung in tausend Privathaushalten der Bundesrepublik Deutschland aus den Jahren 1959—1966 Verhaltensmotivationen beim Umgang mit Geld in den privaten Haushalten dargestellt werden. Die Autoren weisen in ihrer ausführlichen Einleitung auf die Bedeutung der sozialökonomischen Verhaltensforschung für die Theorie des Geldes hin, wobei sie mit ihrer Kritik an den mechanistischen Betrachtungsweisen vor allem der Geldschöpfungssysteme nicht zurückhalten. Sie hoffen, mit ihrer Arbeit einen Nachweis dafür erbringen zu können, daß es erst die modernen Methoden der empirischen Sozialforschung erlauben, durch die Einbeziehung sozialökonomischer und psychologischer Bestimmungsfaktoren empirisch gehaltvolle Hypothesen zur Erklärung und Vorhersage von Kauf- und Sparentscheidungen, Verschuldungsbereitschaft, Liquiditätsvorliebe und Geldwertbewußtsein der privaten Haushalte als Fundament für geldpolitische Aktionen bilden und überprüfen zu können.

Jedes der sieben Kapitel „Haushalt als Wirtschaftseinheit“, „Das Einkommen des Haushalts“, „Wirtschaften im Haushalt“, „Kassen- und Kontenhaltung“, „Liquidität des Geldvermögens“, „Anlage des Geldvermögens“ und „Wert des Geldes“ bringt neben der Darstellung und Interpretation der empirischen Ergebnisse jeweils einen systematischen Hinweis auf die Bedeutung der betreffenden Aussage für die Wirtschaftstheorie und speziell die Geldtheorie und eine eingehende Darstellung der „dahinterstehenden“ menschlichen Verhaltensmotivationen. In der Zusammenfassung wird deutlich, daß der Umgang mit Bargeld wenig Probleme hervorbringt. Die Haushalte aller Schichten sind an diese traditionellste Form des Umgangs mit Geld gewöhnt. Die von den Autoren entdeckten interessantesten Fragen jedoch liegen beim Umgang mit dem Buchgeld. Gerade hier dürften auch langfristige Prognosen über die Kassenhaltungs- und Zahlungsgewohnheiten der privaten Haushalte für die geldtheoretischen und geldpolitischen Überlegungen von größtem Interesse sein. Besonders bedeutsam erscheinen dabei in diesem Zusammenhang die Darstellungen über die Spartätigkeit und Vermögensbildung der Arbeitnehmer sowie die über das Geldwertbewußtsein. Während der Besitz von Geldvermögen, sobald der Sparbetrag nennenswert ist, den Anreiz bietet, dieses Vermögen zu bewahren und nicht gleich zu Konsum-

zwecken zu verwenden (S. 167), so trägt die nach dieser Untersuchung festgestellte überwiegend negative Geldwerterwartung der Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung dazu bei, einer Inflation auslösenden und verstärkenden Flucht in die Sachwerte Vorschub zu leisten (S. 210).

Selbstverständlich wissen die Autoren, daß die schmale Basis ihrer empirischen Untersuchung und die höchst diffizile Problematik und die Vielfalt der Motivationen beim Umgang mit Geld jede Hypothese dieser Art noch überwiegend in den Bereich der Spekulation verweist. Dennoch glauben wir, daß das vorliegende Buch für Wirtschafts- und Haushaltswissenschaftler, aber auch für die Praktiker in den Geldinstituten eine Fülle von interessanten Ergebnissen bringt und zu weiteren Studien anregt. Die Arbeit erscheint uns außerordentlich lesenswert, und es ist zu hoffen, daß Untersuchungen dieser Art in verstärkter Weise weitergeführt werden können.

Rosmarie von Schweitzer, Gießen

Hans K. Schneider (Hrsg.): Beiträge zur Regionalpolitik. Berlin-München 1968. Duncker & Humblot. VII, 181 S.

„Die wissenschaftliche Behandlung der regionalpolitischen Fragen hat in der Bundesrepublik erst begonnen“ schreibt der Herausgeber Hans K. Schneider im Vorwort zu den acht Referaten über Regionalpolitik, die auf zwei Sitzungen der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Verein für Socialpolitik) im April und Oktober 1965 in Unkel am Rhein gehalten wurden. In der Tat liegen die Beiträge durchweg auf dem Niveau von Einführungen in die Problematik bzw. eines Überblickes über den Stand der Forschungen in den USA und stellen somit eine sehr verdienstvolle, in dieser Breite in der deutschen Literatur noch nicht vorhandene Zusammenstellung zu Fragen der Regionalpolitik dar.

Die acht einzelnen Aufsätze sind gegliedert in die drei Bereiche: Notwendigkeit und Konzeption der Regionalpolitik; Analyse, Prognose und Entscheidung; Maßnahmen und institutionelle Hemmnisse.

Im ersten Beitrag weist Hans K. Schneider die „Notwendigkeit regionaler Wirtschaftspolitik“ anhand der drei bekannten regionalpolitischen Ziele: Beseitigung extremer regionaler Einkommensdisparitäten (Gerechtigkeitsziel), Reduzierung der konjunkturellen und strukturellen Anfälligkeit der Region (Stabilitätsziel) und gesamtwirtschaftlich optimales Wachstum (Wachstumsziel) nach. Er zeigt, daß diese Ziele nicht automatisch durch den Marktmechanismus realisiert werden und deshalb eine regionale Wirtschaftspolitik erfordern, die neben explizit regionalpolitischen Maßnahmen auch die regionalen Auswirkungen globaler und sektoraler Maßnahmen erfassen und überprüfen muß.

Auf das Problem der mangelnden Schärfe regionalpolitischer Zielvorstellungen weist besonders Karl-Heinz Hansmeyer in seinem Beitrag „Ziele und Träger regionaler Wirtschaftspolitik“ hin und betont dabei

die Schwierigkeiten und Gefahren, die sich daraus und aus der mangelnden Koordination der Entscheidungen für die Planung ergeben. Norbert Kloten stellt in seinem Beitrag „Alternative Konzeptionen der Regionalpolitik“ die Verwendbarkeit quantitativer Entscheidungsmodelle in der Praxis der Regionalpolitik in Frage und empfiehlt demgegenüber qualitative Verfahren, die an die Realität anknüpfen können.

Hans K. Schneider (Modelle für die Regionalpolitik) und J. Heinz Müller (Neuere Methoden der Regionalanalyse und ihre Anwendbarkeit auf kleinere Räume) geben einen Überblick über die bekannten Explikations- und Optimierungsmethoden wie Input-Output, vergleichende Kostenanalyse, Industriekomplexanalyse, Lineare Programmierung, Cost-Benefit etc. Leider gehen sie dabei über die von bekannten amerikanischen Textbüchern verwendete Literatur kaum hinaus. Hinweise auf deutsche empirische Arbeiten fehlen. Dabei wird auch eine allgemeine Verwendung von Methoden, wie beispielsweise der Industriekomplexanalyse angedeutet, die dann aber nur durch eine einzige empirische Untersuchung nachgewiesen werden kann.

Unter den Arbeiten des dritten Abschnittes „Maßnahmen und institutionelle Hemmnisse“ ist die Arbeit von Rolf Funck über „Instrumente der Regionalpolitik“ hervorzuheben, insofern sie in einer gut gelungenen Übersicht eine Zuordnung der Wirkungen bekannter regionalpolitischer Instrumente zu den Zielen versucht. Hellmuth St. Seidenfus behandelt in seinem Beitrag „Koordinierungsprobleme und aktuelle Hemmnisse der Regionalpolitik“ die institutionellen Schwierigkeiten in der Bundesrepublik, während Burkhardt Röper im letzten Aufsatz „Regionalpolitik für EWG-Binnengrenzgebiete, insbesondere für das Aachener Grenzgebiet“ die zusätzlichen Schwierigkeiten aufzeigt, die bei der Koordination unterschiedlicher regionalpolitischer Vorstellungen einzelner Staaten entstehen.

Es ist zu hoffen, daß, wie es im Vorwort des Herausgebers heißt, diese Beiträge die wissenschaftliche Diskussion anregen und auf einer späteren Tagung mehr Ergebnisse eigener deutscher Untersuchungen vorgetragen werden können.

Peter P. Waller, Berlin

Helmut Lipfert: Internationaler Devisen- und Geldhandel (zugleich 2. Aufl. von „Devisenhandel“). Frankfurt/M. 1967. Fritz Knapp. 319 S.

Die erste Auflage des Buches von Lipfert erschien in dem denkbar günstigen Zeitpunkt, in welchem die Grundprobleme des Außenhandels und der Devisenwirtschaft nach der Liberalisierung des Zahlungsverkehrs (1959) in Fluß geraten waren. Die zweite Auflage konnte so gerade in dem Zeitpunkt der heftigen Diskussion über eine DM-Aufwertung bei gleichzeitiger Abwertung von Dollar, Pfund und Franc oder ohne eine solche Abwertung vielen Interessenten der Ministerialbürokratie, der Bankwelt und den Dozenten und Studenten der einschlägigen Fachgebiete ein nützlicher Helfer sein. Die Eigenart der

hier gebotenen Darstellung entspricht dem beruflichen Herkommen und dem betriebswirtschaftlichen Arbeitsgebiet des Verfassers, der als früherer Devisenhändler, als Dozent und Professor der Betriebswirtschaftslehre und heutiger für die Führung eines großen Bankinstituts mitverantwortlicher Direktor eine besondere Qualifikation mitbringt.

Diese Eigenart ist am besten durch die Behandlung der bankwirtschaftlichen und banktechnischen Probleme, der praktischen Einrichtungen des Devisenbüros und seiner Geschäfte, der internationalen Usancen und Verkehrsformen des Devisenmarktes gekennzeichnet. Das Devisenbüro wird in einem engeren Rahmen ohne nähere Behandlung der Devisenabrechnung beschrieben. Die zum Verständnis des Devisengeschäfts unerlässlichen rechtlichen Grundlagen mit den beiden extremen Polen des völlig freien Devisenhandels einerseits und der völligen Zwangsbewirtschaftung anderseits werden samt den Übergangsformen und deren rechtlichen Grundlagen eingehend erörtert.

Der Abschnitt über die Literatur des Devisenhandels ist unter Einbeziehung des Geldhandels und der Geschichte des Devisen- und Geldhandels vorteilhaft ergänzt worden. Daß bei der Nennung so vieler Autoren und Quellen eine subjektive Wertung vorliegt, ist wohl unvermeidlich, auch wenn man ältere einschlägige Schriften wie die von David Hume über den Außenhandel und die Theorie der Wechselkurse oder diejenigen von Gustav Cassel, W. Mahlberg, E. T. Powell, H. P. Willis gern erwähnt gesehen hätte oder wichtigere einschlägige Veröffentlichungen der vom Verf. genannten Autoren W. Prion, F. Ben-dixen, L. v. Mises, G. Haberler.

Das Werk ist in seinen Quellen und Hinweisen zuverlässig, in seinen technischen Erläuterungen und Erklärungen instruktiv und verständlich, in seiner wirtschaftspolitischen Grundhaltung frei von Tendenz und Voreingenommenheit. Bei einer neueren Auflage würde man im Abschnitt über die Literatur gern die italienischen Scambisten und Lombarden, die deutschen Kamerallisten, die französischen Merkantilisten erwähnt sehen, im banktechnischen Abschnitt die Buchveröffentlichungen von K. Hagenmüller, O. Hintner, W. Kalveram, H. Linhardt. Dankbar zu begrüßen ist die positive Würdigung der sonst allzu vernachlässigten großen Buchveröffentlichungen von Fritz Schmidt über den internationalen und nationalen Zahlungsverkehr und der einschlägigen Buchveröffentlichungen von Rittershausen. Das Werk wird als Ergänzung der volkswirtschaftlichen Literatur über Außenhandel, Handels- und Zahlungsbilanz, über Geldwesen und Geldmarkt seine besondere Note durchaus behalten und dazu mitwirken, die einseitigen güterwirtschaftlichen Aspekte innerhalb der Betriebswirtschaftslehre zu korrigieren.

Hanns Linhardt, Nürnberg

Karl-Ernst Schenk: Arbeitsteilung im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe. Berlin 1964. In Komm. bei Duncker & Humblot. 158 S.

Schenks Buch nimmt im Rahmen der bereits reichlichen Literatur über den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe eine gewisse Sonderstel-

lung dadurch ein, daß es zu seinem Thema weniger den institutionalisierten Aufbau dieser Organisation als den Funktionszusammenhang des Instrumentariums wählte, das planwirtschaftlichen Ländern und besonders einem System von planwirtschaftlichen Ländern für eine internationale Zusammenarbeit zur Verfügung steht. Bei der Untersuchung dieses Funktionszusammenhangs geht der Verfasser allen hiermit verbundenen grundlegenden Fragen nach, wobei er zum besseren Verständnis der speziell für Planwirtschaftsländer geltenden ökonomischen Verhaltensweisen gleich am Anfang seiner Ausführungen eine vergleichende Darstellung der Arbeitsteilungsprinzipien im Wettbewerbssystem und im planwirtschaftlichen System bringt. Dadurch erleichtert der Verfasser die Orientierung für Wirtschaftler, deren Aufmerksamkeit bislang nur für das westliche wettbewerbliche Wirtschaftssystem galt.

Obwohl die Arbeit Schenks sicherlich nicht als Kritik der Bestrebungen der kommunistisch regierten Länder für eine engere internationale Zusammenarbeit gedacht war, wirkt sie mit ihren Erkenntnissen und Feststellungen doch in dieser Richtung, und zwar ohne jegliche Polemik, sondern lediglich durch zwingende Sachzusammenhänge.

Zwei kleine kritische Bemerkungen zu Schenks außerordentlich verdienstvoller Arbeit sollen hier kurz erwähnt werden. Die eine ist, daß sowohl Verfasser als auch Erik Boettcher in der einleitenden Bemerkung den Begriff „Integration“ im Zusammenhang mit dem RGW benutzen, wobei dieser Begriff, sollte er auch nur rein formal die tatsächliche Zielsetzung des RGW darstellen (was der Rezensent entschieden bezweifelt), doch vom Begriff der Integration im westlichen Sinne abweichend interpretiert bzw. begrifflich festgelegt werden müßte. Es kann befürchtet werden, daß eine inhaltlich nicht genau festgelegte Anwendung des Wortes „Integration“ besonders beim nichtorientierten Leser eine falsche Vorstellung der Ziele des RGW hervorrufen könnte.

Die zweite Bemerkung betrifft die Ausführungen des Verfassers über die Preisbildung im RGW, wobei sogleich bemerkt werden muß, daß die Kritik dieser Bemerkung sich nicht gegen den Verfasser, sondern vielmehr gegen die Praxis der kommunistisch regierten Fachpresse und einiger westlicher Nationalökonomen, die die Preisfestsetzungspraxis dieser Länder meist sehr simplifizierend darstellen und dadurch einen falschen Eindruck hierüber erwecken. Sehr treffend stellt Schenk daher auch in seiner Arbeit fest: „Praktisch ist die Schaffung einer eigenen Preisbasis nur durch Änderung der Produktionsverhältnisse, d. h. durch die Schaffung von echten Märkten innerhalb der Volkswirtschaften des Ostblocks und im Verkehr zwischen ihnen möglich“ (S. 78).

Die RGW-Länder sind heute, gut fünf Jahre nach dem Erscheinen von Schenks Arbeit, von der Schaffung einer eigenen Preisbasis genauso weit entfernt wie im Jahre 1964, obwohl hie und da bereits zaghafte Versuche in den einzelnen Ostblockländern festzustellen sind, welche auf die Gründung echter, d. h. volkswirtschaftlich relevanter,

Marktverhältnisse hinzielen. Ob sie dies tatsächlich herbeizuführen vermögen, wird jedoch weit weniger von wirtschaftlichen Gegebenheiten und Einsichten als von der politisch-ideologischen Elastizität der Staatsführung dieser Länder abhängen.

Das Buch Schenks kann durch sein Verdienst, eine wichtige Lücke in der Literatur über den RGW aufschlußreich und anregend geschlossen zu haben, jedem besonders empfohlen werden.

Olivér von Gajzágó, Köln-Brück

Jürgen Nötzold: Möglichkeiten und Grenzen des Außenhandels mit den europäischen Ostblockstaaten. München-Wien 1966. Olzog. 110 S.

Die Arbeit von Jürgen Nötzold stellt in der Reihe von Veröffentlichungen, die sich mit Fragen des Ost-West-Handels und dessen Zukunft beschäftigen, einen weiteren Beitrag dar. Der besondere Vorzug dieses Büchleins ist eine knappe, aber prägnante Darstellung der Probleme und deren Vielfältigkeit, aber teilweise auch Interdependenz, im Zusammenhang mit der bisherigen und möglichen künftigen Entwicklung des Ost-West-Handels. Jeder, der sich mit diesem Problem längere Zeit beschäftigt, weiß, daß hier rein wirtschaftliche Erkenntnisse und sogar auch Notwendigkeiten nur bedingt zur Geltung kommen können, weil der politisch motivierte Hintergrund dieser Wirtschaftsbeziehungen den internationalen Strom von Gütern und Dienstleistungen in weit stärkerem Umfange beeinflußt, als dies bei anderen Handelsbeziehungen der Fall ist.

Nötzolds Arbeit ist eine neue Erinnerungsstütze dafür, daß der Ost-West-Handel besonderen Gesetzmäßigkeiten und auch Grenzen unterliegt. Wer diese Besonderheiten nicht kennt oder nicht genügend kennt, wird an diesem Handel wohl kaum erfolgreich teilnehmen können. Aus diesem Grunde sind Arbeiten wie die vorliegende von größter Wichtigkeit, nicht nur weil sie aufklären, sondern weil sie auch Probleme bündeln und aufzeigen.

In der sonst sehr lehrreichen Arbeit vermißte der Rezensent einen kurzen Abschnitt über die Eigentümlichkeiten des Preisbildungsprozesses im Ost-West-Handel, wie auch der inhaltlich leider nicht genau abgegrenzte Gebrauch des Begriffs „Integration“ bei manchen Lesern zur irrtümlichen Interpretation der Vorgänge im RGW führen kann. Ganz sicher ist das, was sich im Rahmen des RGW abspielt und auf den Ost-West-Handel entscheidend einwirkt, keine Integration in westlichem Sinne, sondern allenfalls ein Versuch einer engeren internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit der kommunistisch regierten Partner dieser Organisation.

Trotz dieser geringen Vorbehalte kann der Rezensent das Büchlein von Nötzold jedem am Ost-West-Handel interessierten Leser als ein kleines und nützliches Handbuch empfehlen.

Olivér von Gajzágó, Köln-Brück

*Bruno Gleitze, Karl C. Thalheim, K. Paul Hensel, Rudolf Meimberg:
Der Osten auf dem Wege zur Marktwirtschaft?* Berlin 1967. Duncker
& Humblot. 97 S.

Es ist ein besonderes Verdienst des Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung, daß er Referate, die vor dem Plenum des Forschungsbeirates gehalten werden, auch einem breiteren Leserkreis durch eine Veröffentlichung, wie den vorliegenden Band, zugänglich macht. So wird man nicht nur über die Tätigkeit des wissenschaftlichen Forscherkreises im Forschungsbeirat unterrichtet, sondern es werden auch die Ergebnisse dieser Tätigkeit zur breiteren Diskussion gestellt.

Im vorliegenden Band sind vier Referate von vier anerkannten Ostwirtschaftsexperten des wissenschaftlichen Forscherkreises gebracht, welche zwar keine grundlegend neuen Erkenntnisse vermitteln, welche jedoch die Sachdiskussion um die Fragen der wirtschaftlichen, und damit politischen, Zukunft im kommunistisch regierten Block selbst als auch in den Ost-West-Beziehungen auf einigen Gebieten zu vertiefen helfen.

So legt z. B. *Gleitze* in seinem Referat „Planwirtschaft ohne Perspektivplan“ die Frage vor, ob es in Mitteldeutschland überhaupt eine Planwirtschaft gäbe, oder ob das, was dort bisher unter „Planwirtschaft“ verstanden und so genannt wurde, im Grunde nur eine de-naturierte sowjetische Wirtschaft wäre, in der während der bisherigen Entwicklungsperiode die Ausbildung zur Planwirtschaft einfach noch nicht erreicht werden konnte (S. 20). Gewiß öffnet allein diese Fragestellung bereits einer Fülle von reizvollen Gegenargumenten Tür und Tor und kann zu einer lebhaften Diskussion führen. Diese aufzunehmen ist dem Rezensenten hier aus Raumgründen leider nicht möglich.

In seinem Beitrag „Liberalisierungstendenzen im Ostblock?“ fragt sich *Thalheim*, ob die schon seit einer Reihe von Jahren in den kommunistisch regierten Ländern zu beobachtenden Vorgänge mit einer gewissen Liberalisierung der wirtschaftlichen, und möglicherweise auch der politischen Sphäre gleichgesetzt werden könnten. Und er gibt selbst am Ende seiner Ausführungen auf diese Frage eine Antwort: „Was wir bisher vor uns sehen, was bisher an Reformen realisiert ist, ist in der Sowjetunion und in der Sowjetzone Deutschlands weder Liberalisierung noch Systemwandel, sondern der Versuch, das bisherige System durch Einschaltung etwas größerer Freiheitsgrade für die Betriebe leistungsfähiger zu machen“ (S. 50). Heute, mehr als ein Jahr nach dieser Feststellung, kann sie als immer noch richtig angesehen werden, obwohl in einigen kommunistisch regierten Ländern die Wirtschaftsreformen inzwischen schon weiter vorangetrieben wurden und konkretere Formen angenommen haben. Doch zielen alle bisher ergriffenen Regierungsmaßnahmen zurzeit letzten Endes immer noch weniger auf eine Liberalisierung als auf eine Optimierung des wirtschaftlichen Leistungsprinzips ab.

Im Referat „Sind die Wirtschaftsordnungen der sowjetischen Länder auf dem Wege zur Marktwirtschaft?“ kommt *Hensel* zumindest für Ungarn aufgrund der 1967 schon bekannten Reformpläne dieses Landes zu der Feststellung, daß die geplante Reform als eine tiefgreifende Transformation erstens des Planungssystems, zweitens des Systems der Preisbildung und drittens des Systems der Kontrollen von Leistungen und Interessen im Sinne einer marktwirtschaftlichen Steuerung des arbeitsteiligen Gesamtprozesses auf der Grundlage vorwiegend staatlichen Eigentums an den Produktionsmitteln interpretieren lasse (S. 84). Auch hierüber ließen sich Gegenargumente anführen, die eine konstruktive Diskussion über die Beurteilung der Reformwirkungen und ihre Chancen in diesen Ländern anregen könnten.

Im letzten Beitrag untersucht *Meimberg* „Zur Frage einer Annäherung östlicher Wirtschaftssysteme an diejenigen westlicher Industriestaaten“ Fragen, die sich auf Grund der Reform in Jugoslawien stellen, den Einfluß eines Einparteiensystems auf die Wirtschaftsordnung und auf wirtschaftspolitische Zielsetzungen und die Auswirkungen der Vergesellschaftung von Produktionsmitteln auf die Wirtschaftsordnung. Auch dieser Beitrag eignet sich vorzüglich zu einer Auseinandersetzung über die Frage, ob sich Wettbewerbs- und Planwirtschaften überhaupt annähern können? Wenn ja, dann bis zu welchem Grade und zugunsten welchen Systems? Oder ob sie sogar ganz verschmelzen können?

Alle vier Beiträge werden jedem, der an den angeschnittenen Fragen nicht nur als „Berufsostwissenschaftler“, sondern auch aus privatem Interesse an den Vorträgen im Ostblock und im Ost-West-Verhältnis Anteil nimmt, viele nützliche Anregungen geben.

Olivér von Gajágó, Köln-Brück

Alfred Zauberman: Industrial Progress in Poland, Czechoslovakia and East Germany 1937—1962. London, New York, Toronto 1964. Oxford Univ. Press. 338 S.

Das Buch von Zauberman besitzt heute bereits einen historischen Wert. Eine Rezension erscheint daher auch heute noch vertretbar. Schon beim Erscheinen des Buches hob es sich insofern aus der Reihe ähnlicher Publikationen über die Wirtschaftsentwicklung kommunistisch regierter Länder besonders hervor, als es erstens vom Thema her schon eine vergleichende Analyse von drei kommunistisch regierten Ländern darstellte und zweitens daß es sich im Besonderen auf die grundlegenden Faktoren des wirtschaftlichen Wachstums (der wirtschaftspolitische Rahmen, die Arbeitskräftesituation und die Energiebasisentwicklung) konzentrierte. Von dieser Grundanalyse ausgehend untersuchte dann Zauberman die drei großen Säulen der industriellen Entwicklung der genannten Länder, nämlich die Metallindustrie, die chemische Industrie und den Außenhandel.

Dieser logische Aufbau des Buches erleichtert die Auswertung der vom Verfasser in der Arbeit zahlreich tabellenmäßig zusammengetragenen Ergebnisse. Der Leser gewinnt dabei einen guten Überblick über die speziellen Zusammenhänge, aber auch über Imponderabilien, welche dem System der Planwirtschaft und den allseitigen Interdependenzen eines ganzen Systems von Planwirtschaften immanent sind.

Selbstverständlich läßt eine vergleichende Untersuchung über die wirtschaftliche Entwicklung von drei relativ so verschiedenen Ländern wie Polen, die CSSR und Mitteldeutschland nur bedingt relevante Schlüsse zu. Es ist das Verdienst Zaubermans, daß er keine Synthese versucht, sondern die Sonderaspekte der behandelten Länder sorgfältig herausarbeitet.

Im großen und ganzen kann behauptet werden, daß Zaubermans Arbeit die Voraussetzungen und die Gründe für eine Reform des wirtschaftlichen Leistungssystems in den behandelten Ländern aufzeigte, zu einer Zeit, wo zwar bereits über Reformen und über die Notwendigkeit von Reformen auch in den kommunistisch regierten Ländern gesprochen, aber noch recht wenig in dieser Richtung getan wurde. Aus diesem Grunde bleibt Zaubermans Arbeit jederzeit für jeden an der Wirtschaftsentwicklung der kommunistisch regierten Länder Interessierten aktuell und lesenswert.

Olivér von Gajzágó, Köln-Brück

Dieter Stumpfe: Die Gewerbesteuer und die Forderung nach wettbewerbsneutraler Besteuerung. Berlin 1967. Duncker & Humblot. 161 S.

Die deutsche Gewerbesteuer steht seit einigen Jahren mit im Zentrum der finanzpolitischen Diskussion, nicht zuletzt im Zusammenhang mit der beabsichtigten Reform des deutschen Finanzwesens. Die vorliegende Arbeit rückt deshalb in den Bereich des aktuellen finanzpolitischen Interesses. Stumpfe unternimmt den Versuch, die mit der Gewerbesteuer zusammenhängenden Probleme vom Standpunkt der Wettbewerbsneutralität zu untersuchen. Wettbewerbsneutralität verlangt nach Stumpfe von einer Steuerpolitik, „daß jedem Unternehmen nach dem Zugriff des Fiskus im Verhältnis zu seinen Konkurrenten die gleiche Chance verbleibt, im Wettbewerb zu überleben, die ihm der Markt zuvor eingeräumt hatte“ (S. 36). Zwar räumt Stumpfe ein, daß die Steuerpolitik in einem modernen Interventionsstaat im allgemeinen nicht von der Neutralität bestimmt wird, doch gibt es Steuern, bei denen es zweckmäßig erscheint, sie „aus pragmatischen Gründen“ aus dem „steuerpolitischen Instrumentarium“ zu entlassen (S. 121). Das ist dann der Fall, wenn „die Einheitlichkeit der Willensbildung aus finanzverfassungsrechtlichen Gründen nicht mehr gewährleistet ist“ (S. 121). Das ist nach Stumpfe bei der Gewerbesteuer der Fall. „Die Zersplitterung des finanzpolitischen Willens auf dem Gebiet der Realbesteuerung läßt die Gewerbesteuer zu einem untauglichen Mittel der

Durchsetzung ordnungspolitischer Vorstellungen werden“ (S. 122). Dafür scheint aber die Forderung nach Wettbewerbsneutralität um so wichtiger.

Unter dem Gesichtspunkt der Wettbewerbsneutralität untersucht Stumpfe in eingehender Weise die gewerbesteuerlichen Belastungen der Unternehmen nach Rechtsform, Unternehmensgröße, Finanzierungsart, arbeits- oder kapitalintensiver Produktionsweise sowie nach ihrem Standort. Er kommt dabei zum Ergebnis, daß diese Faktoren einen recht beachtlichen Einfluß auf die Höhe der Steuerzahllast ausüben und daß die heutige deutsche Gewerbesteuer unter dem Einfluß der genannten Faktoren in ihren wirtschaftlichen Auswirkungen recht uneinheitlich ist und zu Wettbewerbsverzerrungen führt. Dabei handelt es sich nach Stumpfe keineswegs um Bagatellen, sondern um recht beachtliche Beträge. Genannt werden Zahllastunterschiede zwischen 0,1 und 3,1 % der Gesamtproduktion (S. 111). Im besonderen weist Stumpfe darauf hin, daß in der Regel kleinere Unternehmen und Personenunternehmen durch die Gewerbesteuer weniger stark belastet werden, wobei er allerdings m.E. der steuerlichen Nichtabzugsfähigkeit des Unternehmerlohns bei den Personenunternehmen zu wenig Gewicht beimißt.

Aufgrund seiner Untersuchungen gelangt Stumpfe zur Forderung, Kapital und Lohnsumme — als Relikte einer Merkmalsbesteuerung — von der Gewerbesteuer freizustellen und nur den Gewerbeertrag zu besteuern (S. 87). Stumpfe geht sogar noch weiter, indem er bei „strengerer Auslegung der Forderung nach wettbewerbsneutraler Besteuerung“ es für richtig hält, auch die Gewerbeertragssteuer und damit die gesamte Gewerbesteuer überhaupt abzuschaffen (S. 128). Er stellt sich damit allerdings in deutlichen Gegensatz zum „Gutachten über die Finanzreform in der BRD“, das auf S. 152 einen völligen Wegfall der Gewerbeertragssteuer empfiehlt, dafür aber eine Erhöhung der Gewerbekapitalsteuer und die Erhebung der Lohnsummensteuer in allen Gemeinden vorschlägt.

Im ganzen handelt es sich bei der vorliegenden Arbeit um eine sehr eingehende, sorgfältige und gründliche Untersuchung, die die Probleme nach den verschiedensten Seiten hin abwägt und durchleuchtet. Die Argumentation wird dabei durch ein reichhaltiges Zahlenmaterial unterstützt und veranschaulicht. Abgesehen von gelegentlichen Längen kann die Arbeit allen, die sich mit der Gewerbesteuer befassen, zum Studium empfohlen werden.

Harry Runge, Stuttgart

Erwiderung

Hans-Wilhelm Hetzler hat in dieser Zeitschrift Jg. 89 (1969) Heft 1, mein Buch „Der moderne soziale Konflikt“, 2. Aufl. 1968, besprochen. Diese Besprechung macht eine Berichtigung nötig.

1. Hetzler behauptet, ich sähe eine „Gefahr drohenden Landesverrats“ darin, daß „unsere verschiedenen sozialen Schichten sich auch politisch verschieden orientieren, die eine sich auf den Westen, die andere sich auf den Osten stützt, um mit Hilfe jener auswärtigen Mächte eigensüchtige soziale Ansprüche durchzusetzen“. In Wirklichkeit habe ich an Hand historischer Untersuchungen Dritter dargelegt, daß die antike Kultur aus eben diesem Grunde unterging, weil die griechische Oberschicht sich auf den damaligen Westen (Rom) stützte, während die griechische Unterschicht mehr und mehr unter den Einfluß asiatischer Ideen und Geistesströmungen geriet. Ich habe ferner dargelegt, daß Europa in einer ähnlichen soziologischen Konstellation steht wie das antike Griechenland und deshalb die europäische Kultur einer ähnlichen Gefährdung ausgesetzt ist wie die antike. Von „Landesverrat“ kann keine Rede sein.

2. Hetzler behauptet, an keiner Stelle meines Buches sei angegeben, was mit meiner Antithese von „Leitbild“ und „Menschenbild“ genau gemeint sei. Richtig ist, daß die Definition auf Seite 88 gegeben und auf Seite 99 an Hand der Rollentheorie (Selbstdeutung und Fremddeutung der Rolle) sowie in Fußnote 136 durch Hinweise auf ähnliche Antithesen in der Psychologie und auf die unterschiedliche Bedeutung des Begriffes der Erwartung in der Wirtschaftswissenschaft und in der Soziologie erläutert wird.

3. Hetzler behauptet, die Wirklichkeitskontrolle bei der Gegenüberstellung des Leitbildes des Unternehmers mit dem Menschenbilde von dem Unternehmer erfolge an Hand der einschlägigen „Unternehmungsgeschichtsschreibung“. Richtig ist, daß es auf Seite 101 meines Buches ausdrücklich heißt: „Eine Prüfung dieser Selbstzeugnisse kann, wie sich zeigen wird, durch Heranziehung allgemeiner psychologischer Zusammenhänge vorgenommen werden.“ Hier liegt also die eigentliche Wirklichkeitskontrolle, die von Hetzler mit keinem Wort erwähnt wird. Im übrigen ist die Förderung der Firmengeschichtsschreibung ein ernsthaftes Anliegen der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte.

4. Hetzler behauptet, daß die „Systeme vorbestimmter Zeiten“ in Deutschland noch immer Gegenstand von Auseinandersetzungen zwischen Fachleuten und Tarifparteien sind. Unerwähnt bleibt, daß diese Systeme ihre Eignung in Amerika und im europäischen Ausland zweifelsfrei erwiesen haben und daß in meinem Buche gezeigt wird, daß mit ihrer Hilfe einer der wesentlichen Konfliktherde ausgeräumt werden kann.

5. Hetzler behauptet, ich überließe es der Nächstenliebe, „daß sich die dazu Befugten das Befehlen abgewöhnen“. Richtig ist, daß in meinem Buche dargelegt wird, welche Befehle in einem Betriebe unausweichlich und welche und wie viele Befehle überflüssig sind und daß durch Delegation von Kompetenzen und Verantwortungen die Produktivität steigt und der Krankenstand sinkt.

Wolfgang Kellner, Gießen